

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 14. Sitzung des Ortsbeirates Plauen (OBR Pl/014/2011)

am Dienstag, 17. Mai 2011,

17.30 Uhr

Ratsaal des Ortesamtes Plauen, Nöthnitzer Straße 2

Beginn der Sitzung:

17.30 Uhr

Ende der Sitzung:

19.30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Irina Brauner

Mitglied Liste CDU

Dr. Christian Brendler

Gisela Clauß

Christa Eppeler

Thomas Lehmann

Sarah, Carola Strugale

Mitglied Liste DIE LINKE

Renate Herfert

Waldemar Peine

Gerold Wagner

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Jens Georgi

Michael Schmelich

Xaver Seitz

Mitglied Liste SPD

Ingrid Buckram

Jürgen Stübener

Heike Wieghardt

Mitglied Liste FDP

Dietmar Keil

Prof. Dr. Siegbert Liebig

Mitglied Liste Freie Bürger

Michael Hauck

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung

- 2 Information für den Ortsbeirat Plauen:
"Sanierungsgebiet Plauen, F.-C.-Weiskopf-Platz Nordseite und
Klingenberger Straße
Straßenraumgestaltung im Zuge der Erfüllung der Sanierungsziel-
stellung"

- 3 Sonstiges

- 4 Informationen, Hinweise und Anfragen

öffentlich

1 Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung

Die Ortsamtsleiterin eröffnet die Sitzung und stellt die Vollzähligkeit der Damen und Herren Ortsbeiräte fest. Diese betätigen die Tagesordnung einstimmig, für deren Niederschrift Frau Brauner die Herren Dr. Brendler und Schmelich zur Unterschriftsleistung bestimmt.

2 Information für den Ortsbeirat Plauen: "Sanierungsgebiet Plauen, F.-C.-Weiskopf-Platz Nordseite und Klingenberger Straße Straßenraumgestaltung im Zuge der Erfüllung der Sanie- rungszielstellung"

Frau Brauner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Häuser, Stadtplanungsamt, Frau Hentschel, Straßen- und Tiefbauamt, Frau Weber von der STESAD und Herrn Schmidt von der Dipl.-Ing. Schmidt Tiefbaugesellschaft mbH.

Frau Häuser gibt eingangs einen Überblick über die stattgehabten Arbeiten im Sanierungsgebiet Plauen, das 1994 förmlich festgelegt worden sei und 2002 um den Dorfkern Altplauen erweitert wurde. Seit 1994 seien 8,4 Millionen Euro Fördermittel in das Gebiet geflossen, jeweils zu einem Drittel Bundes-, Landes- und Stadtgelder. Als Ausgabenfelder seien private Eigentümer für die Wohnraumsanierung mit ca. 1/3, Straßen- und Wegebau mit ca. 1/3, Ordnungsmaßnahmen mit 15% (z.B. der Abriss von Hintergebäuden zur Gewinnung von Freiflächen an der Zwickauer Straße, Westseite), Spielplatzbau und –Sanierung mit 3% und 17% Sonstiges bedacht worden. Als letzte Arbeiten vor dem „Auslaufen“ des Sanierungsgebietes solle die hier vorzustellende Maßnahme und, wenn noch finanzierbar, die weitere Sanierung der Bienertstraße in Angriff genommen werden. Mit Hauseigentümern des Sanierungsgebietes abgeschlossene und noch abzuschließende vorzeitige Ablösevereinbarungen sollen die benötigten Gelder für diese Aufgaben erbringen. Für 2011 würden 180 Tausend Euro angestrebt.

Bisher hätte ca. 1/3 der Eigentümer vorzeitig abgelöst.

Herr Schmidt stellt anschließend die Straßenbaumaßnahme vor, die sowohl die Nordseite des F.-C.-Weiskopf-Platzes umfasst, als auch die Klingenberger Straße bis zur westlich gelegenen Einfahrt in die Tiefgarage. Dieses Bauende sei gewählt worden, weil es mit den verfügbaren Finanzen gebaut werden könne und weil ein Bauende an der Bienertstraße mit einem Eingriff in den Kreuzungsbereich verbunden wäre, der eine Sanierung des Straßenraumes Bienertstraße technologisch praktisch erforderlich mache. Eingebunden in die Arbeiten wären die Stadtentwässerung, die einen Mischwasserkanal neu errichte, ebenso die DRE-WAG, die die Verlegung einer Leerrohrstrecke im Bereich der Gehwege Klingenberger Straße und F.-C.-Weiskopf-Platz vorhabe. Im Bereich der Klingenberger Straße sollen zudem die Wandleuchten demontiert werden und durch eine Beleuchtungsanlage mit Mastleuchten des Typs, der auch auf dem Platz verwandt wurde, ersetzt werden. Auf Nachfrage Frau Wiegards nennt Herr Schmidt 22.08.2011 bis 19.10.2011 als den vorgesehenen Bauzeitraum.

Die Verkehrsraumstruktur, so der Planer weiter, solle nach der Sanierung der jetzigen entsprechen, d.h., das herrschende Parkregime bleibe erhalten, damit auch nahezu die Anzahl der verfügbaren Stellplätze.

Herr Schmelich fragt in der Diskussion nach möglichen Abschlägen bei den Sanierungskosten für Eigentümer, die Ablösevereinbarungen abschließen. Frau Häuser erklärt, dass das

Angebot zum 10%igen Abschlag, das nach Baugesetzbuch durch die Stadt unterbreitet werden könne, bis Ende November 2010 befristet gewesen sei.

Herr Keil fragt, ob bezüglich des schon öfter in Rede gewesenen Kletterzentrums an der Hofmühlenstraße Förderung aus dem „Sanierungstopf“ noch möglich sei, was Frau Häuser verneint. Es gebe keine neuen Fördermittel mehr, die hier vorgestellten Arbeiten würden aus den geschilderten „Rückflüssen“ der ansässigen Eigentümer finanziert und, sollten diese nicht ausreichen, vom Straßen- und Tiefbauamt.

Die Damen und Herren Ortsbeiräte danken den Vortragenden für die Informationen.

3 Sonstiges

Der Ortsbeirat befasst sich mit der Straßenreinigungsgebührensatzung (SRGS) 2012. Das Ortsamt informiert eingangs, dass Bürger keine Anliegen bezüglich der Umstufung der Reinigung im Amt vorgebracht hätten.

Herr Wagner bemängelt den schlechten Pflegezustand der Fußwege an der Bayrischen Straße zwischen Winkelmann- und Bergstraße. Die Ortsamtsleiterin wird sich zur Durchsetzung der Anliegerpflichten auf diesen Wegen an das Ordnungsamt wenden.

Frau Herfert schlägt vor, die Hohe Straße aus der maschinellen Reinigung herausnehmen zu lassen, da deren geringe Breite eine effektive Reinigung nicht zulasse.

Der Ortsbeirat stimmt diesem Antrag zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 1
Enthaltungen: 10

Herr Peine fragt in diesem Zusammenhang, ob das Dauerparken von Wohnmobilen auf öffentlichen Straßen in Wohngebieten gestattet sei.

4 Informationen, Hinweise und Anfragen

Frau Brauner macht die Damen und Herren Ortsbeiräte auf die Vorlage „Bericht zum Busnetz 2010...“ aufmerksam, die auf den Plätzen verteilt wurde. Die Behandlung des Materials sei im Ortsbeirat nicht erforderlich und vorgesehen, da es zum Gegenstand hier keine Änderungen gebe. Sie halte es jedoch für zweckmäßig, den Ortsbeiräten zu deren Information die Unterlage zur Verfügung zu stellen.

Herr Gerhardt verliest die Antwort des Umweltamtes auf die Fragen Herrn Wagners zur gefahrlosen Naherholung im Kaitzbachgrund. Diese sei danach zukünftig möglich. Die Einleitung von Grubenwasser der Wismut (mit Einleitungsgenehmigung) werde bis etwa 2013/14 erfolgen. Danach werde das Flutungswasser durch den dann fertig gestellten Tiefen Elbstollen zur Elbe abgeleitet. Infolge dessen werde der Kaitzbach anschließend nur noch etwa die Hälfte der derzeitigen Wassermengen führen. Die von der Wismut vor 1963 aufgeschüttete Halde sei eine ehemalige „Industrielle Absetzanlage“, die derzeit noch saniert werde. Auch sie werde zukünftig begehbar sein und also zur Naherholung genutzt werden können. Die Qualität der Wasserquelle wurde durch das Fachamt mehrfach geprüft.

Herr Gerhardt visualisiert sodann die von Frau Herfert in der vergangenen Sitzung wegen mangelnder Ordnung und Sicherheit kritisierten Grundstücke.

Auf dem Gelände der Wielandstraße 5 haben Abrissarbeiten stattgefunden. Das Grundstück sei gegen Betreten so gesichert, dass versehentliches Begehen ausgeschlossen werden könne.

Für das Gelände der Tiefgarageninvestitionsruine Kaitzer Straße, gegenüber Hausnummer Kaitzer Straße 4, habe sich hingegen unterdessen ein Investor gefunden, der dort ein Altenheim zu errichten gedenke und bereits über einen positiven Bauvorbescheid verfüge. Im Übrigen sei auch dieses Grundstück mit Zäunen (teilweise sogar doppelt) abgesperrt.

Die Eisenstückstraße 13 ist lückenlos geschützt; einerseits durch Zäune, andererseits durch verschlossene Tore. Die Eigentümerin beabsichtige hier, das Gebäude auf dem Grundstück für Wohnzwecke auszubauen und zu nutzen. Das Bauplanungsverfahren laufe gegenwärtig.

Zur Anfrage des Ortsbeirates an die Oberbürgermeisterin bezüglich der geplanten Straßenbahnneubaulinien erging folgende Antwort des Baubürgermeisters, Herrn Jörn Marx:

„Für die Weiterentwicklung des Straßenbahnnetzes sind in den letzten Jahren verschiedene Neubaustrecken diskutiert worden. Eine zusammenfassende Bewertung dieser Strecken mündete in einer Prioritätenliste für Neubaustrecken. Diese Liste wurde vom Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden am 15.04.2010 beschlossen. Der Beschluss enthält auch den Auftrag, die kurzfristige Umsetzung von Strecken der höchsten Prioritätsstufe A im Rahmen eines Bundesförderprogramms zu prüfen. Dazu zählen auch die benannten Verbindungen Johannstadt - Plauen und Kesselsdorfer Straße – Strehlen.

Um die Umsetzbarkeit im Rahmen eines Bundesförderprogramms zu prüfen, sind in einem ersten Schritt die vorhandenen Voruntersuchungen in einer Unterlage zusammenzufassen, die dann zur Klärung der grundsätzlichen Aufnahme in ein Förderprogramm dient. Diese Phase wurde gerade abgeschlossen. Anschließend erfolgen die konkreten Planungen für die einzelnen Strecken. In dieser Planungsstufe werden die Pläne mit der in der Landeshauptstadt Dresden üblichen Beteiligung der zuständigen Ortsbeiräte in öffentlicher Sitzung zur Diskussion gestellt. Auf der Basis dieser Untersuchungen kann dann die Entscheidung zu den einzelnen Strecken getroffen werden. Diese Phase wird gegenwärtig vorbereitet.

Das bedeutet zusammengefasst, der gegenwärtige Planungsstand erlaubt noch keine konkrete Darstellung der gewünschten Information. Sobald in der zweiten Planungsstufe ausreichende Informationen vorliegen, werden diese in den zuständigen Ortsämtern vorgestellt.“

Zur Frage des Ortsbeirates vom 08.03.2011 an die Oberbürgermeisterin hinsichtlich der Schulwegsicherheit für die Grundschüler der 49. Grundschule schreibt Bürgermeister Jörn Marx:

„Vorgaben eines sicheren Fußweges

Soweit der Schulweg auf Fußgängerverkehrsanlagen bewältigt werden kann, auf diesen durchgängig Beleuchtung vorhanden ist und viel befahrene Straßen an bestimmten Stellen gesichert gequert werden können, kann von einem zumutbaren Schulweg ausgegangen werden.

Durch das Schulverwaltungsamt werden nach Abstimmung innerhalb der Verwaltung (Schulen, Schulverwaltungsamt, Straßen- und Tiefbauamt als Straßenverkehrsbehörde u.a.) Grundschulwegpläne erstellt, die vorgenannten Gesichtspunkten entsprechen. Über das Schulverwaltungsamt erhalten alle Erstklässler einen solchen Schulwegeplan, auf dem ein empfohlener sicherer Schulweg eingetragen ist. Die Wahl des tatsächlichen Schulweges liegt jedoch in der Verantwortung der Eltern.

Wo es zur Unterstützung des sicheren Schulweges zielführend ist, wird der Einsatz von Schulweghelfern in Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht Dresden e.V. erwogen.

Maßnahmen zur Lösung des Problems Querung Plauenscher Ring

Hinsichtlich der Schulwegsicherheit im Zuge des Plauenschen Ringes, im Bereich Bernhardstraße und Kaitzer Straße, gibt es folgenden aktuellen Bearbeitungsstand:

Knotenpunkt Plauenscher Ring/Kaitzer Straße:

Um die Sichtbedingungen an diesem Knotenpunkt zu verbessern, ist der Bau von Gehwegvorstreckungen in Verbindung mit einem behindertengerechten Ausbau der beiden vorhandenen Bushaltestellen geplant. Parallel dazu ist beabsichtigt, die Gehwegbereiche entlang des Plauenschen Ringes zu sanieren. Aus technischen, technologischen und finanziellen Gründen sind diese Vorhaben in der Planung und Umsetzung miteinander zu koordinieren. Die Gehwegsanie rung in diesem Abschnitt soll nach 2012 erfolgen.

Knotenpunkt Plauenscher Ring/Bernhardstraße

Zur Gewährleistung der erforderlichen Sichtbedingungen und Verbesserung der Querungssicherheit ist vorgesehen, entsprechende Gehwegvorstreckungen in den vorhandenen Straßenraum einzuordnen. Gleichzeitig dient dieses Vorhaben der baulichen Umsetzung der vorhandenen Parkordnung. Eine entsprechende Planung wird in den nächsten Tagen beauftragt. Der Bau ist für dieses Jahr vorgesehen.“

Bezüglich der Schulwegsicherheit der Schüler der wiedereröffneten 80. Grundschule, die nach Schulschluss in städtische Richtung heimwärts fahren müssen, berichtet das Ortsamt:

Die 80. Grundschule wird nach ihrem Rückzug in das Stammhaus Oskar-Seyffert-Straße nicht mehr mit Schulbussen bedient. Sollte es Schülerinnen und Schüler geben, die die Karlsruher Straße queren müssen, um die Haltestelle des Linienbusses zu erreichen und deren Eltern darin ein gesteigertes Gefährdungspotential erkennen, so sollten sich diese an die Schulleitung wenden. Von der wären dann gegebenenfalls mit Partnern (siehe dazu das zitierte Schreiben von BM Marx) Schutzmaßnahmen zu erwägen und umzusetzen.

Die Straßenverkehrsbehörde ließ zu der Frage der konkreten Aufstellungsorte der 30 km/h Schilder am Nürnberger Ei wissen:

„... Unsere Prüfung ergab Folgendes:

Für den Bereich Nürnberger Ei der Nürnberger Straße wurde eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h angeordnet. Die geringfügig unterschiedlichen Standorte dieser Verkehrszeichen sind dabei den örtlichen Voraussetzungen geschuldet. Während sich zur Anordnung der Geschwindigkeitsbegrenzung im östlichen Teil die Kreuzung mit der Hübnerstraße anbietet, beginnt/endet der Bereich im westlichen Teil mit einer Fußgänger-Lichtsignalanlage. Diese ist wochentags, samstags und sonntags/feiertags (Beginn 06:00 Uhr, 07:00 Uhr und 08:00 Uhr) jeweils bis 21:00 Uhr geschaltet. Regelmäßig müssen deshalb die Fahrzeuge an dieser Stelle anhalten, was zur Verkehrsberuhigung beiträgt.

Alle Verkehrszeichen sind gut erkennbar. Das von Ihnen geschilderte Verhalten ist deshalb nicht auf eine mangelhafte Verkehrszeichenregelung zurückzuführen. Aufgrund dessen kommt eine zusätzliche Anordnung des Zeichens „Zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h nicht in Betracht.“

Herr Gerhardt gibt anschließend bekannt, dass die Schlaglöcher auf der Krausestraße und Kantstraße durch den Regiebetrieb beseitigt worden wären. Ebenso habe die DREWAG in diesen Tagen die Schadstelle an der Schieberklappe auf der Coschützer Straße in Höhe der Hausnummer 31 beseitigt.

Herr Gerhardt korrigiert im Weiteren die Aussage aus der 13. Sitzung, dass die Buslinie 62 im Falle des Endpunktes „Plauen“ ab dem neuen Fahrplan Mai 2011 bis zum Haltepunkt Plauen fahre. Es bleibe zunächst bei der jetzigen Praxis des Wendens über die Reckestraße.

Das Ortsamt informiert weiter, dass zu der Bitte des Ortsbeirates an die Oberbürgermeisterin, in Plauen eine Einwohnerversammlung zu den Ereignissen des 13. und 19. Februar 2011 durchzuführen, noch keine schriftliche Antwort ergangen sei, eine abschlägige nach vorliegenden Informationen aber erwartet werde.

Herr Schmelich stellt daraufhin namens Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:

„Der Ortsbeirat Plauen ersucht die Oberbürgermeisterin gemäß § 15 der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte, den Beigeordneten für Ordnung und Sicherheit, Herrn Detlef Sittel, im Rahmen der nächsten Sitzung des Ortsbeirates zu folgenden Fragen zu hören und zu befragen:

- *Welche Konsequenzen zieht die Stadtverwaltung aus den Ereignissen vom 13. und 19. Februar 2011, als in der Südvorstadt wegen der Nazi-Aufmärsche quasi der Ausnahmezustand geherrscht hat?*
- *Werden die betroffenen Bürger bei kommenden Demonstrationen und Aufmärschen frühzeitig informiert, damit sie sich auf die entsprechende Situation einstellen können?“*

Herr Wagner und Frau Buckram erklären, den Antrag zu unterstützen, der anschließend vom Ortsbeirat angenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Enthaltung: 6

Herr Prof. Liebig erklärt anschließend zu seinem Abstimmungsverhalten, dem Antrag im Grunde zustimmen gewollt zu haben, woran ihn jedoch die politische Erläuterung zum Antragstext letztlich gehindert habe.

Frau Eppeler macht in der folgenden Informationsrunde auf Schadstellen in der erst vor wenigen Jahren sanierten Treppe bei Liepschs Ruhe aufmerksam.

Herrn Georgi beschäftigt das Bildungspaket der Bundesregierung und er ist an Details zum Thema bezüglich des Ortsamtsbereiches interessiert. Über diese nicht zu verfügen und sie wahrscheinlich auch nicht beschaffen zu können, da kein Selbstverwaltungsthema der Stadtverwaltung, sei die Situation des Ortsamtes, entgegnet Frau Brauner. Die folgenden gemeinsamen Überlegungen werden schließlich in einem von Herrn Schmelich vorgetragenen Antrag gebündelt:

„Der Ortsbeirat Plauen regt an, in den Bürgerbüros Sprechstunden des Geschäftsbereiches Soziales zu den Angeboten des Bildungspaketes durchzuführen. Darüber hinaus sollten die Mitarbeiter der Bürgerbüros durch gut verständliche online- Informationen in die Lage versetzt werden, Grundauskünfte zum Bildungspaket zu erteilen.“

Der Ortsbeirat stimmt diesem Antrag zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Frau Buckram weist darauf hin, dass eine alte Linde am Saarplatz gefällt worden sei und erfragt die Gründe. Das Ortsamt wird sie ermitteln.

Herr Peine kündigt eine Veranstaltung seiner Partei DIE LINKE am 26. Mai, 17:30 Uhr im Klub der Volkssolidarität am Nürnberger Ei an, in der Stadtteilbibliotheken und Freibäder Gegenstand der Diskussion sein sollen. Auch fragt er, ob für das Sonderkonzert der Dresdner Philharmonie zur Saisonöffnung 2011/12 auch freie Eintrittskarten für die Dresdner Ortsbeiräte vorgesehen seien.

Herr Lehmann gibt bekannt, dass die CDU am 7. Juni um 19:00 Uhr im Gymnasium Plauen eine öffentliche Versammlung zu den gegebenenfalls zu erwartenden Straßenbahnneubaunien durchführen werde, an der exponierte Vertreter der DVB AG teilnehmen würden.

Herr Wagner fragt, ob der Neubau an der Nöthnitzer Straße Südseite (Nähe Bergstraße) nicht im Ortsbeirat hätte vorgestellt werden müssen. Er erinnere sich, dass Flächen südlich der Nöthnitzer Straße als Frischluftschneise freigehalten werden sollten.

Die Ortsamtsleiterin erklärt, dass Einzelbauwerke, die zu ihrer Errichtung keines Bebauungsplanes bedürfen, ohne Zustimmung des Stadtrates (und damit der zuständigen Ortsbeiräte) errichtet werden. Um ein solches handele es sich hier offensichtlich.¹

Frau Herfert kommt auf die durstigen Männer am Konsum Leubnitzer Straße 8 zu sprechen, deren Auftreten und Benehmen sie in einer vorangegangenen Ortsbeiratssitzung bereits einmal angesprochen habe. Nunmehr habe ein Bürgerpolizist, auf einen in das von Frau Herfert bewohnte Grundstück der WGS „Glückauf“ Süd urinierenden Herren angesprochen, seine Nichtzuständigkeit erklärt. Frau Brauner gibt zu bedenken, dass es sich beim Ort der Erleichterung um Privatgelände gehandelt habe und demnach der Eigentümer Maßnahmen ergreifen müsse.

Die Ortsamtsleiterin beendet anschließend die Sitzung.

Irina Brauner
Vorsitzende

Rolf Gerhardt
Schriftführer

¹ Im Flächennutzungsplan ist das betroffene Gelände als Sonderbaufläche Wissenschaft ausgewiesen